

STADT WETTER (RUHR)

Reden der Fraktionen zum Haushalt

2013

Haushaltsrede vom 22.11.2012
zum Haushalt 2013 der Stadt Wetter/Ruhr
Dirk Fröhning (stv. Fraktionsvorsitzender)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,

beginnen möchte ich meine Rede mit den Haushaltsberatungen im Jahre 2010. In seiner Einbringungsrede sprach Frank Hasenberg damals von „einem Wechselbad der Gefühle“, die Haushaltsberatungen gestalteten sich äußerst schwierig. Dennoch konnte John Fiolka dann in seiner Haushaltsrede des Jahres 2010 „von einem zarten Pflänzchen des Konsenses“ bei den Beratungen berichten. Nicht zuletzt haben die Transparenz und die Offenheit der Verwaltung und insbesondere des Bürgermeisters dazu geführt, dass der Rat während der Haushaltberatungen zusammengearbeitet hat. Aber auch die Fraktionen. Dieses war in der noch früheren Vergangenheit leider meistens anders gewesen.

Aber: So soll Kommunalpolitik sein. Wadenbeißen beim politischen Kontrahenten und Fensterreden wollte damals und will heute keine Bürgerin, kein Bürger hören.

Vielmehr sind Lösungen gefragt.

Ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept war durch den Einsatz eines Großteils des Rates entstanden.

Diese Entwicklung der Zusammenarbeit hat sich seither verstetigt. Das seinerzeit zarte Pflänzchen wurde vielfach gehegt und gepflegt, die meisten Fraktionen versuchen weiter sachgerecht und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wetter zu agieren und zusammenzuarbeiten.

Wie sagt Frank Hasenberg gern: „Wetter, das sind wir alle!“.

Damit, sehr geehrte Damen und Herren, sind wir ein ganzes Stück weiter als noch vor wenigen Jahren. Misstrauen hat sich vielfach in Vertrauen verwandelt. Und das trotz zum Teil gegensätzlicher politischer Grundeinstellungen.

Dafür möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen des Rates, die sich angesprochen fühlen, ausdrücklich bedanken.

Trotzdem gibt es immer noch formalistische Scharmützel und haushalterische Grabenkämpfe.

Leider.

Wenn auch nur von einzelnen.

Nun ja, dabei werden deren politische Linien oft bis zur Unkenntlichkeit verkleistert und übertüncht.

Schade, denn sachgerechte Politik sieht eher anders aus.

Die Bilanz der vergangenen Jahre kann sich dennoch sehen lassen, denn die Zusammenarbeit überwog.

Erstens: Mit der Sekundarschule können wir garantieren, dass auch zukünftig für jedes Kind aus Wetter alle Schulabschlüsse in Wetter möglich sind. Im Vergleich zu anderen sind wir bei diesem Thema schulpolitisch ganz weit vorne. Dafür hat eine breite Mehrheit im Rat gesorgt.

Integrative Bildungsangebote, also gemeinsames Lernen von Schülerinnen und Schülern, nützt allen. Den Starken und den Schwächeren.

Denn wie eine zuletzt vorgestellte bundesweite Studie zeigte: Die Durchlässigkeit einzelner Schulformen ist in allen Bundesländern in Richtung „abschulen“ erheblich größer als umgekehrt. Nicht zuletzt deswegen fordert die GEW ein gemeinsames Lernen bis zu 10. Klasse.

Kooperationen mit heimischen Firmen und Sportvereinen sind sehr zu begrüßen, denn Bildung bzw. Schule als Ort des Lernens ist heute weit mehr als Vokabeln lernen und Algebra.

Schule gehört in das gesellschaftliche Umfeld verankert.

Das Lernen, körperliche und geistige Aktivität erlebbar zu machen, ist für unsere heutigen Schülerinnen und Schüler im Zeitalter von Spielekonsolen und sozialen Netzwerken wichtiger, denn je.

Aber auch die Berufsorientierung nimmt einen immer höheren Stellenwert ein. Bei alledem kann und wird unsere Schule am See helfen.

Auch das Gymnasium wird letztendlich von der Entwicklung der Sekundarschule profitieren: spätestens wenn sich die ersten Sekundarschülerinnen und -schüler in Richtung Abitur orientieren, sieht auch der letzte die Vorteile. Die Oberstufe im Gymnasium wird verbreitert und gestärkt, Kurse kommen eher zustande.

Zweitens möchte ich auf das Klimaschutzkonzept verweisen.

Hier wurden Standards gesetzt, wieder durch breite Mehrheiten im Rat. Die Teilnahme am European Energy Award, die Passivhaussiedlung am Sunderweg, die geplante Klimaschutzsiedlung am Schmandbruch sowie die energetischen Sanierungen städtischer Gebäude können sich weit über die Grenzen Wetters hinaus sehen lassen.

Drittens verweise ich auf weitere wichtige Schritte in der Stadtentwicklung:

- Die Ruhrbrücke als Grundlage der Zentrumsentwicklung und das RuhrtalCenter sind da.
- Der Bahnhofsvorplatz ergänzt die Zentrumsentwicklung außerordentlich.
- Die Attraktivierung der Kaiserstr. durch mehr Aufenthaltsqualität hat begonnen. Durch das Programm „Ab in die Mittel“ wurde dieser Prozess angeschoben und alle sehen: Es geht weiter. Dieses Programm war der Beginn der gesamten Sanierungsmaßnahme.

Alle warten auf den Bescheid aus Düsseldorf, denn alle wissen auch: nur mit Fördergeldern geht es richtig weiter. Weniger Verkehr, mehr Bäume und ein besseres Umfeld für Bürgerinnen und Bürger und nicht zuletzt für den Einzelhandel sind das Ziel. Dabei wollen wir in 2013 mehr als 1,4 Mio Euro investieren.

Auch dabei sind wir mit breiter Ratsmehrheit unterwegs.

Ich darf von dieser Stelle die Landesregierung dazu auffordern, ihren bisherigen Zusagen nachzukommen und den Förderbescheid für 2013 zu erteilen.

Viertens: Stork.

Soeben wurde die Aufstellung des Bebauungsplanes nach knapp 5-jähriger Diskussion beschlossen. Und das ist gut so.

Durch diesen Beschluss haben wir die Ansiedlungsperspektive für Wetter gesichert, dafür gesorgt, dass Arbeitsplätze entstehen bzw. in Wetter gehalten werden können. Wir wollen und wir werden dafür sorgen, dass attraktive Firmen sich ansiedeln werden, denn andere städtische Flächen hätten für eine Entwicklung eines Gewerbegebietes nicht zur Verfügung gestanden.

Das Thema Gewerbegebiet „Am Stork“ wurde kontrovers diskutiert, denn tatsächlich werden am Ende Flächen versiegelt und stehen z.B. nicht mehr für Landwirtschaft zur Verfügung. Aber im Rahmen eines langen Abwägungsprozesses hat sich die SPD dennoch für das Gewerbegebiet „Am Stork“ entschieden.

Auch über die Erschließung wurde intensiv gesprochen. Noch nie wurde in Wetter die Zufahrt zu einem Gewerbegebiet so sehr und so emotional diskutiert wie beim Stork. Auch bei der SPD.

Die Entscheidung ist mit knapper Mehrheit im Rat gefallen.

Knapper als ursprünglich gedacht.

Die CDU sagt seit der Kommunalwahl 2009: Nein!

Hier handelt die CDU ganz entgegen ihrer politischen Grundeinstellungen und deshalb will ich das mal an dieser Stelle als „das schwere Erbe“ von Andre Döbersch abhaken.

Viele haben mich darauf angesprochen und befürchtet:

Das ist doch erst der Anfang! Wenn der Stork von der Schwelmer Str erschlossen wird, wird es wohl auf eine Erweiterung des Gewerbegebietes in Richtung Gevelsberg hinauslaufen.

Zu dieser Befürchtung kann ich an dieser Stelle versichern: Allen Ideen zu einer Erweiterung der Gewerbegebietsfläche am und um den Stork herum über den bisher beschlossenen Bebauungsplan hinaus erteile ich hier eine eindeutige Absage.

Mit der SPD Wetter wird es keine Erweiterung des Gewerbegebietes „Am Stork“ in Richtung Vordere Heide oder auf andere Flächen geben!

Und das völlig unabhängig vom Ergebnis der zz. durch den Kreis veranlassten Machbarkeitsstudie für interkommunale Gewerbegebiete.

Noch nicht gelöst sind Verkehrsproblematiken im Volmarsteiner Süden. Die auf der Hand liegende Lösung eines Kreisels an der Köhlerstr. ist aus bekannten Gründen nicht realisierbar. Dennoch wird bei der Verwaltung intensiv an Alternativen gearbeitet. Aber klar ist auch: Straßen.nrw wird der Lösung, welcher auch immer, zustimmen müssen. Schon allein deshalb sind gutachterliche Stellungnahmen einzuholen. Aber wir sind auf gutem Weg, noch in 2012 werden Vorschläge der Verwaltung erwartet.

Nun zum Haushalt 2013:

Auf Basis der beschlossenen Haushalte der vergangenen Jahre sind wir auf gutem Weg, das Haushaltssicherungskonzept bis 2022 umzusetzen. Der Entwurf des Bürgermeisters für 2013 fußt auf der Grundlage der breiten Basis, mit Augenmaß zu handeln und Aufwand bzw. Kosten, bei möglichst gleichen Qualitätsstandards für die Bürgerinnen und Bürger, zu reduzieren. Ich gehe davon aus, dass auch dieser Entwurf erneut eine breite Mehrheit findet.

Auf dieser Basis werden die in den vergangenen Jahren eingeleiteten zukunftsorientierten Entwicklungen fortgeführt:

- Hier ist das Präventionskonzept „Frühe Hilfen“ zu nennen, dass dazu geeignet ist, junge Eltern nachhaltig zu unterstützen.
- Hier ist der U3 Ausbau zu nennen, bei dem wir das gesetzliche Ziel für 2013, 32 % der Plätze im U3-Bereich anzubieten, erfüllt werden. Bei U3-Ausbau haben wir mit einem Zuschuss an die AWO eine ausreichende U3-Versorgung für 2013 sichergestellt.
Doch sicher ist auch, dass sich junge Familien mehr und mehr auf diese verbesserte Betreuungssituation einrichten und einen Bedarf bzgl. eines U3 Platzes haben werden. Dieser Pflicht werden wir uns stellen.
- Hier sind ebenso die Investitionen in die Bildung zu nennen, denn trotz aller Haushaltsnöte müssen wir dafür sorgen, dass sich die Bildungsbedingungen aller Schülerinnen und Schüler in Wetter verbessert.
Dabei möchte ich auf die energetische Sanierung der Osterfeldschule, den Ausbau des Betreuungsangebotes bei der St. Rafael Grundschule verweisen sowie die Investitionen für das Gymnasium in den Vordergrund stellen.
- Hier ist auch zu nennen, dass wir mit unserer erhöhten Kulturförderung dafür sorgen werden, dass die Lichtburg im Rahmen der Verträge mit der Stadt unser Kulturangebot im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger in gewohntem Maß im Stadtsaal anbieten kann. Die SPD-Fraktion erwartet jedoch auch einen Beitrag der Lichtburg dazu, diese

zusätzlichen Aufwendungen so gering wie möglich zu halten und eigene Aktivitäten zu entwickeln, um den erforderlichen Rahmen so gering wie möglich zu halten.

Mit dem Zuschuss muss dann die Lichtburg auch dafür Sorge tragen, dass es rund um den Stadtsaal adäquat aussieht.

Apropos Stadtsaal: Da wird mal locker von den Grünen beantragt, den Stadtsaal, mir nichts, dir nichts, zu verkaufen. Mal eben so, weil nicht nachgewiesen wäre, dass der Stadtsaal gebraucht würde. Nicht hingewiesen hat der Antragsteller darauf, dass der Stadtsaal mit weit mehr als 1,5 Millionen Euro in den Büchern steht. Das bedeutet, selbst wenn man auf die exotische Idee käme und wollte den Stadtsaal veräußern, bräuchte man einen Käufer, der eine solche Summe auf den Tisch des Hauses legt, um kein Minus zu machen.

Dann darf man der Presse entnehmen, ich zitiere; „...um einen Verkaufserlös gehe es gar nicht“.

Meine Damen und Herren, mit Verlaub, aber da bleibt mir das Frühstücksbrötchen im Halse stecken.

Mal ganz abgesehen von den Auswirkungen auf den Haushalt: Kein Veranstaltungsort in Wetter bietet den örtlichen Vereinen, der Feuerwehr oder dem Kulturangebot der Lichtburg gleiche Möglichkeiten. Ich empfehle den Grünen, mal mit den Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen, die den Stadtsaal nutzen.

Meines Erachtens ist das Nachweis genug.

Deshalb: mit der SPD ist ein Verkauf des Stadtsaales unter keinen Umständen zu machen!

Darüber hinaus haben es der Bürgermeister und seine Leute geschafft, nicht nur ein attraktives Konzept für das Kreisarchiv zu entwickeln, dass über die Grenzen unserer Stadt hinaus überzeugt hat, sondern auch allseits akzeptierte Lösungen für die Sportler aufzuzeigen. Es ist für Stadt und Kreis eine Win-Win-Situation entstanden. Die Investitionen refinanzieren sich durch die langfristig gesicherten Mieteinnahmen.

Als weitere wichtige Investitionen für 2013 sind der Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Esborn sowie die Sanierung des Sportplatzes am Brasberg und die Sanierung des Rathausdaches zu nennen.

Trotz der beachtlichen Mehrheit für den Haushalt in den letzten Jahren wurde auch immer intensiv diskutiert. 2012 gab es sogar Vorschläge, das Heft des Handelns aus der Hand zu geben und ohne Not festzustellen, ein Haushaltssicherungskonzept sei nicht darstellbar. Karen Haltaufderheide wollte „die Handlungsfähigkeit als Perspektive wiedergewinnen“ und stellte in ihrer letzten Haushaltsrede fest: „...auch aus dem Nothaushalt heraus.“

Eine solche Politik halte ich vor dem Hintergrund dessen, was wir auch in Zukunft für diese Stadt auf den Weg bringen wollen und müssen, für verantwortungslos.

Denn ohne einen genehmigungsfähigen Haushalt besteht in keinem Politikfeld mehr die Möglichkeit, eigenständig zu entscheiden, in welche Richtung Wetter entwickelt wird. Eine solche Politik gilt es im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Wetter zu verhindern. Es kann keinesfalls unserer Ziel sein, entwickelt zu werden und sozusagen als Bankrotterklärung festzustellen: Jetzt müssen andere ran.

Nein, das Heft des Handels bleibt in Wetter und wir schaffen den Haushaltsausgleich, spätestens in 2022, auch ohne einen Sparkommissar.

Tatsache bei allen positiven Entwicklungen ist aber auch, dass wir immer wieder von äußeren Einflüssen betroffen sind, ohne dass wir großen Einfluss auf diese Entwicklungen haben. Als Beispiel dazu möchte ich auf die jüngst bekannt gewordene Landschaftsverbandsumlage verweisen, die den Kreis dazu veranlasst, diese Mehraufwände an die Kommunen über die Kreisumlage 1:1 weiterzugeben. Insofern gilt es, sorgsam darauf zu achten, dass wir bei allen Entscheidungen das HSK im Blick halten und darauf schauen, was am Ende, also 2022, dabei herauskommt.

Nicht zuletzt möchte ich noch darauf verweisen, dass wir uns das Ziel einer „Menschengerechten Stadt Wetter“ gesetzt haben. Dieser Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention dient dazu, für noch mehr Menschen Wetter als soziale, lebens- und lebenswerte Stadt erlebbar zu machen. Auch wenn wir hier erst am Anfang der Entwicklung stehen, so wird uns dieser Aktionsplan auch vor dem Hintergrund der Inklusion beschäftigen und auf alle Ausschüsse Einfluss haben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

CDU Fraktion im Rat der Stadt Wetter(Ruhr)

Fraktionsvorsitzender Peter Pierskalla

Haushaltsrede 2013 diese Haushaltsrede beinhaltet 5 DIN A4 Seiten

Wetter(Ruhr), 22.11.2012

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren,
ein recht herzlicher Gruß gilt auch unseren anwesenden Einwohnerinnen
und Einwohnern sowie den Vertretern der lokalen Medien**

Zu Beginn meiner Haushaltsrede möchte ich daran erinnern, dass sich unsere Kommune seit nunmehr 10 Jahren im Nothaushalt bzw. in der Haushaltssicherung befindet. Weder konnte- wie geplant- in 2007 noch letztlich 2014 ein Haushaltsausgleich erreicht werden.

Dass wir uns nach 2007 statt in einem Nothaushalt in einer genehmigten Haushaltssicherung befinden, liegt letztendlich an der Einführung des neuen NKF, aber wir müssen an dieser Stelle dann auch kritisch feststellen dürfen, dass uns als politische Entscheidungsträger aktuell immer noch kein ordnungsgemäßer Jahresabschluss für 2008 vorliegt.

Dieser Jahresabschluss, so der aktuelle Stand, soll nun im Frühjahr des nächsten Jahres vorliegen. Wir waren uns bei den Haushaltsberatungen 2013 interfraktionell einig, dass dieser Vorgang absolut Priorität in der zukünftigen Arbeit unseres Kämmers hat.

Erst danach werden wir uns mit strategischen Zielen und weiteren notwendigen Kennzahlen im NKF beschäftigen.

Der Schuldenstand ist von 43 Millionen Euro beginnend in 2003 mittlerweile auf 53 Millionen Euro angewachsen, die für 2013 angedachten Investitionen in Höhe von knapp 5 Millionen Euro sind noch hinzuzurechnen. Die sogenannten Überziehungskredite(im kommunalen Sprachgebrauch gerne auch Liquiditätskredite genannt), die in den genannten Zahlen enthalten sind, haben sich von 11 Millionen Euro auf aktuell 26,2 Millionen Euro erhöht. Aufgrund des vorgesehenen Defizits im nächsten Jahr von 6,7 Millionen Euro hat die Verwaltung im Rahmen des Vorsichtsprinzips einen Höchstbetrag für Liquiditätskredite in Höhe von 39 Millionen Euro vorgeschlagen.

**Es geht zunächst auch mal eine gute Kunde für unsere Stadt.
Der Bund übernimmt die Kosten für die Grundsicherung im Alter.
Wenigstens etwas Entlastung haben wir gedacht. Bund und Land haben
sich gerühmt, etwas Großartiges für die geheutelten Kommunen erreicht zu
haben. Doch leider wurde die Rechnung ohne den Landrat gemacht
Statt diese Gelder weiterzuleiten, werden diese zusätzlichen Einnahmen
vermutlich dazu genutzt, um höhere Ausgaben im Kreis zu finanzieren.**

**Dies zeigt mal wieder ganz deutlich, dass letztlich weder vom Bund, noch
vom Land und noch vom Kreis wirkliche Hilfen zu erwarten sind.
Wir werden uns daher selber am Schopfe aus dem Sumpf ziehen müssen.
Und das ist wahrlich nicht einfach. Über die aktuell eingepflanzten
Investitionen hinaus besteht so gut wie kein Spielraum mehr für sonstige
vielleicht auch wünschenswerte zusätzliche Leistungen. Das existierende
Angebot zu erhalten wird schon schwierig genug werden.**

Wo liegen die Risiken im aktuellen Haushaltsentwurf?

**Den üblichen Einflüssen von außen können wir uns weder im positiven
noch im negativen entziehen.**

**Aktuell erfreuen wir uns einer guten konjunkturellen Lage, ob dies so
bleiben wird, wissen wir nicht. Auch die Zinsen für unsere Kredite liegen
auf einem historischen niedrigen Niveau. Leider hat der Kämmerer um den
Haushaltsausgleich darzustellen, sein bisheriges Vorsichtsprinzip beim
Zinssatz aufgeben müssen. Jetzt reicht allerdings schon eine maßvolle
Zinserhöhung, um unser Haushaltssicherungskonzept in Frage zu stellen.**

**Kritisch sehen wir auch die in der Kalkulation stetig nach oben gehenden
Steuereinnahmen, schon eine eventuelle Eintrübung des wirtschaftlichen
Wachstums würde unser Haushaltssicherungskonzept über den Haufen
werfen. Äußerst riskant erscheint uns auch der sehr geringe
Personalkostenansatz ab 2015. Eine außerordentlich hohe Tarifsteigerung
wie aktuell geschehen, würde uns ab 2015 doch unangenehm überraschen.**

**Unklar ist auch die Realisierung von größeren Maßnahmen im
Haushaltssicherungskonzept, die auf Vorschläge der
Gemeindeprüfungsanstalt beruhen. Im Einzelnen sind dies Maßnahmen bei
der Energieeinsparung, Optimierung der Gebäudereinigung und im
Flächenmanagement. Allen Beteiligten war klar, dass diese Maßnahmen
nicht 1 zu 1 umgesetzt werden können. Insofern sind die Reduzierungen
nahvollziehbar. Die jetzt noch verbleibenden Beträge sollten wir allerdings
in den nächsten Jahren umsetzen.**

Die Unterstützung unsere Kommune durch den sogenannten Stärkungspakt des Landes NRW findet in Wetter(Ruhr) schlichtweg nicht statt. Schon im letzten Jahr floss hier nicht 1 Euro zusätzlich, in 2012 gab es aber wenigsten noch eine sogenannte Ahminderungshilfe. Auch diese wurde für 2013 allerdings komplett gestrichen.

Wir sind offensichtlich trotz Schulden von zukünftig knapp 60 Millionen Euro wohl immer noch eine blühende Kommune.

Diese Kraftpakete gehen völlig an uns vorbei. Mittlerweile klagen diverse Kommunen gegen diese Form der fehlenden Unterstützung.

Auch die finanzielle Kalkulation bei den sogenannten erzieherischen Hilfen gestaltet sich recht schwierig, auch hier hleiht fallbezogen ein gewisses Restrisiko.

Auch ein Gerichtsurteil zeigt Wirkung. Die vom Bundesverfassungsgericht beschlossene Erhöhung der Sätze im Asylhewerberleistungsgesetz- soll heißen gleiches Niveau finanzieller Leistungen wie bei Hartz 4- zeigt Wirkung, aktuell zwar „nur“ mit 63 Tausend Euro zusätzlich, aber wir wissen nicht wohin die Entwicklung gehen wird.

Wir als CDU Fraktion werden weiterhin unseren Beitrag zur Vermeidung eines Nothaushaltes leisten, die Hoffnung unserer Ziele für 2022 zu erreichen, schwindet zwar, aber die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt. Wir sehen keinen Sinn darin, uns einen Finanzmentor ins Haus zu holen. Dessen Bestrebungen gehen ja ohnehin nur in die Richtung noch bestehende Infrastrukturen vor allem im Bereich der freiwilligen Leistungen schlichtweg zu detonieren, alternativ hzw. in Ergänzung werden auch sehr gerne die Grundsteuersätze drastisch erhöht.

Aber wir dürfen auch nicht aus den Augen verlieren, dass die angehäuften Schulden nicht weggezaubert werden können, sondern letztendlich dann doch vom Steuerzahler vor Ort hezahlt werden müssen. In Anbetracht der deutlichen Risiken halten wir es für angezeigt, das neben dem Stadthetrieb künftig auch unsere Sparkasse vor Ort entsprechende Hilfestellung leistet. Wir werden diese Angelegenheit in den entsprechenden Gremien erörtern.

Zu den heschlossen Investitionen sei folgendes angemerkt:

Unsere Sekundarschule nimmt Gestalt an, die aktuell feststehenden Kosten von ca. 2,5 Millionen Euro sind sicherlich eine sinnvolle Investition in die Zukunft, aber die Höhe der Summe hat uns dann doch wohl alle sehr üherrascht.

Dass zusätzlich dann auch unser Gymnasium Investitionsmittel erhält, war immer in unserem Sinne und ist erfreulich.

Ein Schwerpunkt muss die Umgestaltung der Kaiserstrasse bleiben. Wir sind hier allerdings dringend auf einen entsprechenden Zuschuss des Landes angewiesen. Aber auch hier müssen wir für den Fall einer verzögerten Bezuschussung einen sogenannten Plan B in der Schuhlade haben. Im derzeitigen Zustand der Flickschusterei kann unsere sogenannte Flaniermeile ja wohl nicht bis 2017 bleiben.

Auch unseren Feuerwehrkameradinnen und Kameraden gehört unsere Unterstützung. Im Rahmen des Brandschutzbedarfsplanes unterstützen wir selbstverständlich den Neubau der Feuerwache Eshorn. Die eingetretene Verzögerung des Neubaues ist ärgerlich, aber so etwas kommt leider manchmal vor. Nochmals zur Erinnerung, eine Berufsfeuerwehr würde uns ca. 1,3 Millionen Euro im Jahr kosten und wäre aufgrund der aktuellen Haushaltslage in dieser Form überhaupt nicht finanzierbar.

Bei unseren Sportstätten besteht weiterhin Handlungshedarf, sei es nun die mittlerweile überfällige Sanierung des Sportplatzes am Brasherg oder die sich auch abzeichnenden dringend notwendigen Investitionen in unsere noch vorhandenen Bäder. Gerade beim Hallenbad bedarf es aber noch eines Renovierungskonzeptes.

Im Bereich des Kulturangebotes in unserer Stadt haben wir zunächst mal zusätzlich 25 Tausend Euro per Anno für die Lichthurg gewährt, zunächst heißt befristet auf 2 Jahre, die weitere Entwicklung auf der Einnahmenseite abwartend, auch ständig steigende Energiekosten sind hier zu berücksichtigen.

Auch der Erhalt dieses Angebotes der Lichthurg gehört zur Lebensqualität unserer Stadt. Insoweit macht die immer wieder von Seiten der Fraktion Bündnis 90/Grüne geführte Diskussion bezüglich eines Verkaufes des Stadtsaals keinen Sinn. Ein noch zu errichtender Raum in unserer neuen Sekundarschule, übrigens ohne Bühnen und Lichttechnik kann bspw. einen Stadtsaal mit all seinen Funktionen nicht ersetzen.

Gewerbegebiet am Stork

Unser Dauerbrenner, selten sind die Meinungen so kontrovers aufeinandergeprallt. Bereits in 2008 begann eine heftig geführte Diskussion. Die verschiedenen Ansichten sind seit Sommer 2008 mittlerweile mehrfach ausgetauscht worden, ohne dass eine Annäherung der Standpunkte erkennbar ist. Oberflächlich waren diese kontrovers geführten Debatten im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss und in weiteren Ratssitzungen vom Inhalt hier nun wirklich nicht.

Auch hier und heute wird es, dazu bedarf es keinerlei hellseherischen Fähigkeiten, eine knappe Mehrheit geben. Begrifflichkeiten wie beispielsweise „verantwortungsvolles Handeln“ oder auch „zum Wohle der Stadt“ machen die Runde. Daraus leitet sich dann aber auch umgekehrt logisch ab, dass die jeweils anderes Denkenden verantwortungslos bzw. eben nicht zum Wohle der Stadt handeln. Hier hat es in der Vergangenheit eine Polarisierung zwischen Befürwortern und Gegnern gegeben, die uns letztendlich missfällt, an der wir uns in dieser Form dann aber auch nicht beteiligt haben. Wir haben als CDU-Fraktion sehr frühzeitig unsere Zweifel bspw. auch am Finanzierungskonzept dieses Gewerbegebietes geäußert. Diese Zweifel sind auch aktuell noch vorhanden. Von daher bleiben wir bei unserer ablehnenden Haltung. Aber, auch mit Blick auch auf die lokale Presserklärung des SPD Fraktionsvorsitzenden von letzter Woche, aber deshalb haben wir hier keine Scheuklappen auf Herr Fiolka oder verschließen uns anderen Ansichten. Es kommt schon mal vor, dass nicht nur im politischen Bereich verschiedene Meinungen aufeinanderprallen. Aber diese gilt es letztendlich dann auch zu akzeptieren, auch wenn es manchmal schwer fällt.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich mich bedanken.

Zunächst mal bei Herrn Wolfgang Pfitzner, welcher uns heute nach 34-jähriger Dienstzeit letztmalig als Protokollführer des Rates betreut. Darüber hinaus waren Sie für uns, Herr Pfitzner bei Rückfragen oder Anfragen unserer Fraktion im täglichen Geschäft ein überaus geschätzter und kompetenter Ansprechpartner.

Des Weiteren bei unserem Kämmerer Herrn Wagener und seinem Team für die auch in diesem Jahr geleistete Arbeit.

Und last but not least für die überaus gute Zusammenarbeit mit unseren Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen. Wir waren zwar nicht immer und in jedem Punkt einer Meinung, aber unter dem Strich war es doch ein sehr angenehmes Arbeiten.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit

Peter Piesbala

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
Sehr geehrte RatskollegInnen und Verwaltungsmitglieder,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich kann Sie zunächst beruhigen: Sie brauchen nicht den Saal zu verlassen oder unter den Tischen Schutz zu suchen. Es wird keinen rabiaten Anschlag geben, auch wenn einzelne ältere Damen gelegentlich in Jugenderinnerungen schwelgen, als es bequem war, die Grünen der Nähe zum Terrorismus zu bezichtigen. In Zeiten, wo Menschen Opfer von NSU-Morden und ausländerfeindlichen Anschlägen werden, zeugt die gedankenlose Verwendung desselben Begriffes für Haushaltsanträge allerdings von fehlendem Fingerspitzengefühl.

Doch nun zum eigentlichen Thema, dem Haushalt der Stadt Wetter:

Wir könnten es uns sehr einfach machen und den Haushalt ohne weiteres Ansehen ablehnen. Sie wissen alle schon, was jetzt kommt, denn wir haben es gebetsmühlenartig wiederholt: Wir haben seit 2008 keinerlei Jahresabschlüsse. Seit vier Jahren beruht unsere Ratstätigkeit auf reiner Gutgläubigkeit. Wir müssen glauben, dass die Zahlen so sind, wie der Bürgermeister und der Kämmerer es uns mitteilen. Wir müssen glauben, dass die jeweils neuen Ansätze in einem sinnvollen Verhältnis zum Ergebnis der Vorjahre stehen. Wir wissen es nicht. Und das ändert sich nicht durch die immer wieder geforderte Beschränkung auf vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Wir sind gehalten unsere Pflicht als Ratsmitglieder nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen. Das schreibt uns nicht nur unsere Verpflichtungserklärung vor, sondern auch die Gemeindeordnung. In der Überschrift des § 55 GO NRW steht gar das böse Wort, das hier niemand von SPD und Verwaltung in den Mund nehmen möchte: Nach der Gemeindeordnung ist der Auftrag an den Rat: Die Kontrolle der Verwaltung!

Wir können also seit vier Jahren die Haushaltswirtschaft, die Grundlagen des städtischen Handelns, nicht kontrollieren. Wir können nur hoffen, dass der Kämmerer angesichts einer nach drei Jahren mit erheblichen Veränderungen geprüften und beschlossenen Eröffnungsbilanz selbst noch nicht die Kontrolle verloren hat.

Haben Sie mal versucht, die gegenseitige Beeinflussung der verschiedenen Handlungsschritte vor- und rückwirkend auf einem Zeitstrahl darzustellen? Ich bin sicher, die Darstellung würde unter den Siegeln bei den verrücktesten Grafiken der Welt landen: Vom schon nachträglichen Entwurf der Eröffnungsbilanz muss unser Kämmerer über eine um viele Millionen geänderte endgültige Eröffnungsbilanz in 2013 zu einem Jahresabschluss für 2008 kommen und diese Veränderungen für 2009 bis mindestens 2011 fortschreiben.

Wir beneiden Herrn Wagener nicht um diese Aufgabe. Es ist nachvollziehbar, dass Kosten und Personaleinsatz für den Versuch, im Nachhinein das Knäuel zu entwirren, erheblich höher liegen, als bei Einführung des NKF erwartet und bisher haushaltsmäßig veranschlagt.

Bis jetzt wurde immer noch und immer wieder als Entlastung geltend gemacht, die anderen Kommunen seien auch noch nicht weiter. Das macht den Verstoß gegen geltendes Recht nicht besser. Denn: Es gibt keine Gleichheit im Unrecht.

Aber selbst das Argument der vielen Anderen kommt unserem Kämmerer und unserem Bürgermeister nun abhanden. Wetter gehört zu den Schlusslichtern. Was soll denn jetzt noch als Entschuldigung herhalten?

Ich fasse also zusammen: Die Verwaltung verstößt seit Jahren gegen geltendes Recht, indem sie keine Jahresabschlüsse vorlegt. Wir als Ratsmitglieder sollen das durch unsere Zustimmung zum Haushalt legitimieren und die Verantwortung für die Haushaltsentwicklung übernehmen im guten Glauben, dass schon alles richtig gemacht worden ist.

Wir finden, das ist eine ziemliche Zumutung.

Aber so pauschal wollen wir ja gar nicht vorgehen. Natürlich sind auch wir an einem Haushalt für Wetter interessiert, der der Stadt gute Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Natürlich wollen auch wir nicht, dass Wetter die Gestaltungsmöglichkeiten verliert. Es geht auch uns um den schwierigen Ausgleich zwischen sinnvollen Aufwendungen und Investitionen für ein zukunftsfähiges Wetter und dem möglichst baldigen Haushaltsausgleich. Warum sonst sollten wir uns jedes Jahr so viel Mühe machen, den Haushalt bis ins letzte Komma verstehen zu wollen und zu hinterfragen? Ich weiß, Sie unterstellen uns andere Motive und es ist bekannt, dass Sie stolz darauf sind, mit Unterstellungen gegen uns zu arbeiten.

Beginnen wir die diesjährige Betrachtung mit dem Haushaltsausgleich: Wie sieht es damit aus?

Im Haushaltsplan 2011 wollten wir 2014 den Haushaltsausgleich geschafft haben. Jetzt beträgt die erwartete Neuverschuldung für 2013 6,7 Millionen € und für 2014 3,1 Millionen €. Unser Schuldenstand ist inzwischen genauso hoch wie unser Haushaltsvolumen und wird planmäßig Ende 2014 um 10 Millionen € höher liegen als noch im Jahr 2011 erwartet, ohne dass wir in gleichem Maße investiert hätten. War das Hasiko des Jahres 2011 so unrealistisch? Ich erinnere mich noch genau, dass seine realistischen Ansätze gelobt wurden. – Wie jetzt auch

Des Weiteren stellen wir jedes Jahr fest, dass Maßnahmen, die im Haushalt veranschlagt waren, nicht umgesetzt werden konnten. Die Ruhrmauer beispielsweise begleitete uns seit vielen Jahren. Getan werden konnte nichts; das Geld war trotzdem weg. Wofür und ob überhaupt, das können wir leider nicht so genau nachvollziehen, weil wir keine Abschlüsse kennen.

Natürlich gibt es auch Einflüsse von außen, die sind hier schon genug beschworen worden. Aber wir glauben nicht, dass sie den einzigen Grund für unsere Defizite darstellen.

Die oben beschriebenen Effekte erleben wir auch bei Maßnahmen, die in der mittelfristigen Finanzplanung stehen. Das beunruhigt inzwischen auch die BürgerInnen, die entgegen der Unterstellung von Frau Steinhauer Haushalte lesen, sogar, wenn sie Eltern sind. Da werden Investitionen in Schulen Jahr für Jahr auf das Folgejahr geschoben; manchmal sind sie dann plötzlich ganz raus aus der Planung. Geld ist trotzdem nicht mehr da.

Wir sind es den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt schuldig, verlässliche Planungen und Ergebnisse vorzustellen, was mit ihrem Geld gemacht wird. Da geht

es nicht an, große Projekte "am Haushalt vorbei" zu finanzieren und mit Maßnahmen wie Brandschutztreppen oder Betreuungsräumen herum zu jonglieren.

Nun ist der Haushaltsausgleich für 2022 geplant. Dann sollen wir erstmals kein Defizit, sondern einen Überschuss von rund 297 000 € haben. Das ist knapp, sehr knapp. Ergeben sich in den kommenden zehn Jahren irgendwelche unerwarteten Risiken, ist der Ausgleich dahin. Es wäre also sinnvoll, an der einen oder anderen Stelle über zusätzliche Einsparungen nachzudenken. Doch dazu später.

Natürlich muss man nicht immer alle Teufel dieser Welt an die Wand malen. Es könnte ja auch mal alles gut gehen. Aber wir fürchten, dass der Ausgleich auch dann in 2022 nicht passt. In anderen Worten: Das Haushaltssicherungskonzept ist nicht realistisch.

Grundvoraussetzung ist zunächst einmal, dass in den nächsten zehn Jahren kein weiterer Fußballplatz erneuert werden muss und dass nach Esbom keine weitere Feuerwache mehr gebaut oder grundsaniert wird. Pech für Volmarsteiner Fußballer und Wengeraner Feuerwehrleute. Aber wenn das Haushaltssicherungskonzept halbwegs funktionieren soll, sind das No Gos. Ihr müsst jetzt durchhalten und habt Zeit darüber nachzudenken, ob Ihr nicht bei einer anderen Lösung besser weg gekommen wäret.

Doch nun dazu, was im Hasiko aufgelistet ist:

Wir finden Maßnahmen darin, von denen alle wissen, dass sie nicht funktionieren. Ein Running-Gag, wenn es nicht so traurig wäre, sind die Mehrerträge im Hallenbad durch Innenwerbung. Der Betrag ist vergleichsweise gering, macht aber immerhin über die Laufzeit des Hasiko summiert 250 000 € aus.

Wir finden andere Spar-Maßnahmen, die zwar im Hasiko stehen und dort auch bleiben, aber durch zusätzliche Ausgaben im selben Bereich kompensiert oder sogar übertroffen werden. So kürzen wir in der Kulturförderung um immerhin 7620 € und legen auf den gleichen Etatposten für die nächsten zwei Jahre je 25 000 € drauf. Wir kürzen die freiwilligen Zuschüsse für die Träger von Kindertageseinrichtungen um 40 000 € in 2013 und 80 000 € in den Folgejahren und beschließen, der AWO 50 000 € zu zahlen, weil sie den Eigenanteil für den U3 – Ausbau nicht aufbringen kann.

Ja, ja, ich weiß: ich vergleiche wieder jährlich wiederkehrende Einsparungen mit einmalig auftretenden Aufwendungen. Komisch nur, dass sich in manchen Bereichen jedes Jahr einmalig auftretende Aufwendungen ergeben. Das Haushaltssicherungskonzept sieht jedenfalls weiterhin gut aus; die zusätzlichen Aufwendungen werden nicht mit abgebildet.

Leider gibt es zu vielen Hasiko-Maßnahmen kein Konzept. Die oben genannte Kürzung der freiwilligen Leistungen an Träger von Kindertageseinrichtungen gehört dazu. Sie wird dem demografischen Wandel mit sinkenden Kinderzahlen zugeschrieben. Es wird ignoriert, dass eine Unterstützung der Träger beim U3-Ausbau dringend nötig ist, wie man ja bei der AWO sieht.

Noch fragwürdiger ist es – ich wiederhole mich in diesem Punkt von Jahr zu Jahr – Maßnahmen in das Hasiko zu schreiben im Vertrauen darauf, dass die Kosten für eine Pflichtaufgabe sinken, obwohl sich die äußeren Bedingungen verschlechtern. Durch die Reduzierung der Leistungsdichte bei den Hilfen zur Erziehung wollen wir bis 2022 1,7 Millionen € einsparen. Landes- und bundesweit steigen diese Kosten. Wir würden uns natürlich sehr freuen, wenn Wetter entgegen diesem Trend zur Insel der Seligen mit zunehmend heilen Familien würde. Aber: Glauben Sie das?

Die Antwort, die ich auf diese Frage jedes Mal bekomme, lautet: Keine Sorge, es ist doch eine Pflichtaufgabe. Wenn Kinder unsere Hilfe brauchen, werden sie die auch bekommen. Ach so. Haushaltssicherungskonzept Ade!

Den hohen Kosten bei den Hilfen zur Erziehung ist langfristig nur durch Präventionskonzepte beizukommen. Wir sind froh, dass gerade mit viel Engagement die Frühen Hilfen aufgebaut werden. Erstaunlicherweise schreibt das Haushaltssicherungskonzept aber auch für den Präventionsbereich steigende Einsparungen vor. Das hat uns immer noch niemand erklären können.

Nicht unwichtig ist auch die Frage, was alles nicht in den Planungen veranschlagt ist. Wir vermissen einige Ansätze, die zu einer zukunftsfähigen Entwicklung für Wetter aus unserer Sicht notwendig sind. Ebenso meinen wir, dass einige Punkte, wo höhere Kosten zu erwarten sind, nicht berücksichtigt wurden.

1. Asylbewerber: Seit 2008 gibt es bundesweit wieder einen Anstieg an Asylbewerbern. Im Haushaltsplan ist nur für 2013 ein Anstieg berücksichtigt. Danach sinken die Ansätze aufgrund der Erwartung sinkender Fallzahlen wieder. Woher diese Erwartung kommt, ist unklar. Der Kämmerer verweist auf den Syrien-Konflikt als Auslöser für die aktuellen Steigerungen. Tatsächlich kommen aber die meisten AsylbewerberInnen aus Serbien und Mazedonien. Es muss auch in den Folgejahren mit einem Anstieg an Asylsuchenden gerechnet werden, u.a. auch deshalb, weil natürlich der hohe Anstieg bei Erstanträgen auch einen Anstieg bei Folgeanträgen nach sich zieht. Und wenn gegen unseren Hinweis auf seit Jahren steigende Zahlen argumentiert wurde, das treffe auf Wetter nicht zu, dann kann man nur sagen: irgendwann wird das auch andernorts auffallen und Wetter wird umso reichlicher bedacht werden.
2. Kindertagesstätten: Es sind im Haushaltsplanentwurf für 2013 und für die Folgejahre keinerlei Mittel für Sanierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden von Kindertagesstätten vorgesehen. Wir alle kennen die Diskussion um den U3-Ausbau und den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz nach dem ersten Lebensjahr. Es ist gut, dass wir einen Ausbaustand von über 30% perspektivisch erreichen werden, aber das wird den Eltern nicht reichen. Wir wissen auch, dass der Sanierungsbedarf an einigen städtischen Gebäuden mit Kindertageseinrichtungen hoch ist. Die Träger sind nicht in der Lage, die notwendigen Sanierungen allein zu finanzieren. Wenn der U3-Ausbau in Wetter in den nächsten Jahren ins Stocken gerät, weil vorher notwendige Sanierungen der Gebäude nicht ausgeführt werden konnten, dann werden die Eltern vermutlich wenig Verständnis dafür haben, dass Stadt und Träger sich nicht einigen konnten, wer für die Finanzierung der Gebäudesanierung verantwortlich ist. Wir wollen den U3-Ausbau voranbringen und ich sage hier ganz klar: Wenn wir wählen müssen zwischen Aufwendungen und Investitionen in Kindertagesstätten oder in den Stadtsaal dann entscheiden wir uns für die Kinder!
3. Jugendarbeit: Auf 'Frühe Hilfen' aufbauend müssen Präventionsketten für die gesamte Kinder- und Jugendzeit entwickelt werden. In diesen Aufbau muss zunächst investiert werden, bevor sich später auch finanziell positive Effekte zeigen. Aber hier soll ja sogar gespart werden. Bei der offenen Jugendarbeit müssen Konzepte entwickelt werden, die mehr Kinder und Jugendliche ansprechen und mitnehmen. Investitionen in die Jugendarbeit sind Investitionen in die Zukunft.

4. **Inklusion:** Wir haben zum letzten Haushalt vergeblich beantragt, künftig für jedes Jahr eine feste Summe in den Haushalt zu setzen als Titel für Unterstützungsmaßnahmen zur Inklusion. Dem wurde entgegen gehalten, dass es sinnlos sei, eine Summe ohne Hinterlegung einer konkreten Maßnahme oder eines Konzeptes einzusetzen. Lieber sollten doch erst Konzepte erstellt werden. Dazu ist bis heute nichts passiert. Natürlich sind wir froh über den inklusiven Ansatz der Sekundarschule, aber wir dürfen auch die anderen Schulen nicht vergessen. Wir wissen auch, dass der Aktionsplan erst im Frühjahr 2013 kommt, aber wir sprechen hier über die nächsten zehn Jahre!
5. **Demografie:** Wie macht sich Wetter fit für den demografischen Wandel? Der Prozess ist ins Stocken geraten. Kosten darf er jedenfalls in den nächsten zehn Jahren nichts.
6. **Hallenbad:** Seit Jahren schieben wir hilflos einen stetig wachsenden Sanierungsstau im Hallenbad vor uns her. Das im Haushaltsplan zitierte Konzept ist dem Fachbereichsleiter unbekannt. Die im Haushalt eingestellten Gelder erscheinen nicht ausreichend, das Bad zu sanieren. Das Lehrschwimmbecken am See verursacht jährliche Kosten, ohne dass es nutzbar ist. Zum wiederholten Male ist jetzt vereinbart worden, in der „haushaltsfreien Zeit“ nach Lösungen für unsere Bäder zu suchen.
7. **Förderung von Wetters Stärken:** Unbestreitbar sind inzwischen Tourismus und Naherholung zu einem Wirtschaftsfaktor in Wetter geworden. Die Übernachtungs- und Besucherzahlen im Bereich Fahrradtourismus steigen stetig. Damit die Besucher sich gerne in Wetter aufhalten und hier auch Handel und Gastronomie stärken, sollte die entsprechende Infrastruktur ausgebaut werden. Beginnend von Fahrradboxen und Fahrradvermietung über eine Radstation sollte in Wetter ein Angebot entwickelt werden, das sowohl Touristen als auch Alltagsradlern zugute kommt.

Natürlich kann diese Haushaltsrede nicht gehalten werden, ohne das Gewerbegebiet Am Stork anzusprechen. Die Verwaltung legt großen Wert auf die Feststellung, dass sie mit Wirtschaftlichkeit und Kosten der Maßnahme nichts zu tun habe, weil sie über einen privaten Investor abgewickelt werde. Das stimmt natürlich nicht.

In die Planung ist viel Arbeitszeit städtischer MitarbeiterInnen geflossen und wird es auch weiterhin tun. Es wurden Gutachten erstellt und bezahlt. 25 000 € sind aktuell eingestellt für die Beratung zu Planung, Erschließung und Vermarktung bzw. öffentliche Ausschreibung. Wieso die Stadt das bezahlen muss, obwohl es doch einen privaten Investor gibt, bleibt ein Geheimnis. Die FDP hat gar noch erfolgreich beantragt, die Wirtschaftsförderung ab 2013 um eine halbe Stelle aufzustocken für die Vermarktung des Gewerbegebietes Stork. Der Bürgermeister hat zu Recht angemerkt, dass zunächst ein Konzept und Strukturdaten zur Wirtschaftsförderung wichtiger seien; gegen zusätzliches Personal hat er trotzdem nichts.

Diese Gelder möchten wir gerne zukünftig einsparen. Und wir möchten noch einmal deutlich kritisieren: Es wird nicht nur der Haushalt der Stadt durch den Stork belastet, es werden auch die BürgerInnen und Bürger über die Abwassergebühren für die Kanal-Erschließung und die laufenden Kosten direkt zur Kasse gebeten. Von welchem Geld die Stadt in späteren Jahren einem potentiellen Investor unverkäufliche Grundstücke beim Rückkauf bezahlen will, steht übrigens auch noch in den Sternen.

Einsparen möchten wir auch die städtischen Aufwendungen für den Stadtsaal. Wir werden weiterhin beantragen, den Stadtsaal zu verkaufen. Damit ist nicht verbunden, dass wir Wetter ein Stück seiner Identität nehmen wollen, wie die SPD uns vorwirft. Wir sind auch keine Veranstaltungsverhinderer oder Spaßbremsen. Wir haben allerdings den Eindruck, dass es mit der Aula des Gymnasiums, dem Bürgerhaus, der Elbschehalle, der Bibliothek, den Aulen in verschiedenen Schulen und Veranstaltungsräumen anderer Eigentümer für alle Arten von Veranstaltungen Veranstaltungsräume in Wetter gibt.

Wir hätten uns gewünscht, gemeinsam als zuständiger Ausschuss und ggf. mit Kooperationspartnern, die Situation der Veranstaltungsräume in Wetter unter die Lupe zu nehmen, um eine sachgerechte Lösung zu finden. Anscheinend war die Furcht vor dem Ergebnis dieser Betrachtung so groß, dass man sie lieber gar nicht erst anstellen wollte. Wir sind der Auffassung, dass die Stadt Wetter es sich angesichts ihrer Haushaltssituation und der vorhandenen Räumlichkeiten nicht erlauben kann, weiter in eine Halle zu investieren, die offenbar nur defizitär betrieben werden kann, bei der die Energiekosten trotz energetischer Sanierung erheblich steigen und die von vielen Vereinen nicht mehr gebucht wird, weil sie ihnen zu teuer ist.

Ich fasse also zusammen:

- Wir haben seit vier Jahren keine Jahresabschlüsse.
- Wir haben Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept, die untauglich sind.
- Wir verschleiern die tatsächlichen Ausgaben, indem wir Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes aufheben, ohne es darzustellen.
- Wichtige Positionen für die Zukunftsentwicklung Wetters sind für die nächsten zehn Jahre nicht erfasst.
- Wir stecken weiterhin viel Geld in einen Stadtsaal, der offenbar nur defizitär zu betreiben ist.
- Wir finanzieren weiterhin gegen den Willen eines erheblichen Anteils der Bürgerschaft ein Gewerbegebiet, das vor allem Landschaftszerstörung produzieren wird.
- Und schließlich: Wir haben 58 Millionen € Schulden. Anders gesagt: Die Verschuldung pro Ratsmitglied beträgt in Wetter 1 420 000 €.

Wir weigern uns, diesen Zustand und diesen Haushalt zu beschönigen, gut zu heißen, ihm zuzustimmen.



Haushaltsrede der FDP-Fraktion
im Rat der Stadt Wetter (Ruhr)

„Nachhaltigkeit in der Kommunalpolitik“

Haushalt 2013

Fraktionsvorsitzende Rosemarie Steinhauer

Stand: 22. November 2012

Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Ratsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren,

zuerst danke ich im Namen der Fraktion der FDP dem Kämmerer, seinem Team und der gesamten Verwaltung. Trotz dünner Personaldecke haben Sie uns -wie immer- termingerecht einen betriebswirtschaftlich korrekt aufgestellten Haushalt vorgelegt.

Meine erste Haushaltsrede möchte ich unter das Kernthema Nachhaltigkeit stellen.

Als die FDP in diesem Jahr den Antrag stellte, eine Schuldenuhr auf der Homepage der Stadt zu installieren, wurde dies von der SPD mit dem Argument abgelehnt: Dann sehen die Bürger ja, dass wir Schulden machen.

Die Fakten für den Haushalt sind 80 Mio. € Schulden, das heißt jeder Wetteraner ist mit 2.854 € für Wetter verschuldet. Tendenz steigend. Und das, obwohl die Steuereinnahmen auf Rekordniveau liegen. 2013 rechnen wir mit 16 Mio. € Gewerbesteuer und 12 Mio. € Einkommenssteuer. Die Kreisumlage wird -auch auf Antrag der FDP im Kreistag- auf mindestens 44,55 % abgesenkt. Dazu kommen 1,6 Mio. € Gewinnabführung aus der Tochtergesellschaft Stadtbetrieb, die die Bürger ja auch schon in den städtischen Haushalt eingezahlt haben.

Also haben die Unternehmen und Bürger von Wetter dem Rat der Stadt annähernd 35 Mio. € zur Verfügung gestellt. Trotzdem weist der Ergebnishaushalt einen Verlust von 6,7 Mio. € aus. Der Wetteraner Haushalt hat kein Einnahmeproblem sondern ein Ausgabenproblem. Halten Sie das für nachhaltige Finanzpolitik?

Wo liegen die Ursachen? Dies durften die Wetteraner aus einem Flugblatt der SPD und der Jusos erfahren. Der Fahrplan der SPD bis zum Jahr 2025. Kurz zusammengefasst: Wir bieten Euch etwas. Wir klotzen. Wir geben für Euch richtig viel Geld aus. Aber wollen die Bürgerinnen und Bürger in Wetter das überhaupt. Wir bezweifeln dies. Dieses Flugblatt und unsere wohlthätige SPD werde ich heute auf den Boden der Tatsachen zurückholen.

Thema Bildung

Wir investieren in Bildung, heißt es in der Haushaltsrede des Bürgermeisters. Im Flugblatt der SPD wird aus der Sekundarschule ein Leuchtturm, den allein die SPD geschaffen hat. Ja die Jusos gehen sogar soweit, eine Schule für alle zu fordern und greifen damit das Geschwister-Scholl-Gymnasium als einzig erfolgreiche weiterführende Schule in Wetter an. Tatsache ist, dass wir mind. 2,5 Mio. € für ein Schulgebäude ausgeben, und das wird sicher nicht alles sein! Für uns ist das ein Blankoscheck. Keiner weiß, ob die Sekundarschule sich etabliert oder ob der Landesregierung nicht noch etwas Neues einfällt. Es geht Rot/Grün in Wetter nicht um individuelle Förderung jedes Kindes. Sie wollen nach Düsseldorf Vollzug meiden. Wie die Lemminge rennen Sie hinter ihrer lieben Frau Kraft und Frau Löhrmann her. Sie wollen die Einheitsschule. Gute Bildung kommt jedoch nicht von Schulgebäuden sondern durch engagiertes Lehrpersonal. Das Geschwister-Scholl-Gymnasium, das weit über die Stadtgrenzen für seine erfolgreiche Arbeit bekannt ist, wird von ihnen im SPD Faltblatt Wetter 2025 nicht mal erwähnt. Ist das nachhaltige Bildungspolitik vor Ort?

Auf unseren Antrag hin werden jetzt endlich die 35 Jahre alten Teppichböden im GSG ausgetauscht. Das entspricht laut Verwaltung einer Investition von ca. 50.000 €, während die Sekundarschule Millionen erhält. Sieht so die von Rot/Grün propagierte Gleichbehandlung aus?

Thema Klimaschutz

Das Klimaschutzkonzept ist ein bunter Strauß von Träumereien. Nachdem sich keine Standorte für Windanlagen in Wetter gefunden haben, sucht man jetzt nach Standorten für Kleinstwindanlagen. Dies gipfelt in dem Vorschlag, aus der Liegewiese am See eine Vorführstation für Klimaprojekte zu machen. Auf städtischen Grundstücken dürfen nur noch Passivhäuser gebaut werden. Welche junge Familie kann sich 30 % höhere Baukosten leisten? Beispiel Bebauung am Sunderweg. Bei der historisch niedrigen Zinslage müsste so ein 1 a Baugebiet schon lange vor Erschließungsende verkauft sein. Und das gleiche Schicksal droht auch dem ehrgeizigen Projekt Klimaschutzsiedlung am Schmandbruch. Mit solchen

Hürden holen Sie keine neuen Bürger nach Wetter. Das ist das Spannungsfeld Ökologie und Ökonomie. Dazwischen liegen Entscheidungen mit Vernunft und Sachverstand. Sie entscheiden sich für ein paar prestigeträchtige Punkte im Energy Award und gegen junge Familien. Tatsache ist, dass die Vergaberichtlinien für städtische Grundstücke zutiefst unsozial sind. Dies wirkt dem demografischen Wandel in Wetter nicht entgegen und gefährdet die Infrastruktur vor Ort.

Stadtentwicklung

„Wir bringen Wetter voran“, so der Artikel der SPD. Ja, was bitte schön, haben Sie denn getan? Das Zentrum von Wetter mit dem Ruhrtal-Center wird allein von den engagierten Geschäftsleuten getragen, aber doch wohl nicht von der SPD. Die Entwicklung der Kaiserstraße ist ein Hoffen und Bangen auf die Fördergelder aus Düsseldorf. Da können Sie ihre angeblich, guten Kontakte zu Ihrer lieben Frau Kraft mal nutzen. Die liberalen Landtagsabgeordneten haben sich bereits für Wetter eingesetzt. Die Stadtteile leiden nach wie vor unter dem Kirchturmdenken, dass Sie mit ihren Ortsverbänden noch unterstützen. Sie spielen in Wengern mit der Angst der Menschen bei der ärztlichen Versorgung und gaukeln den Bürgern vor, dass Sie etwas erreichen können. Verfehlte Entscheidungen müssen bezahlt werden. Gescheitert sind die Entscheidungen zum Sunderweg, zur Gastronomie am Seeplatz, der Verkauf der Karl-Siepmann-Straße, die Verkäufe der Gebäude Nachtigallstraße und letztlich fast auch der Verkauf des Krankenhauses. Da haben wir nur viel Glück gehabt. Nicht die SPD wird das Krankenhaus umbauen, sondern ein privater Träger. Und das ist ein Sechser im Lotto, aber nicht der Verdienst der SPD. Und die städtische Verwaltung ist kein Immobilienmakler. Der Politik fehlt der Wille zur Vernunft und der Wille wichtige politische Entscheidungen zu treffen. Ich nenne nur den hohen Bestand an städtischen Gebäuden, die verfehlten oder gestrichenen Einsparungen beim Immobilienmanagement, und den Arbeitskreis Immobilien, der bisher nichts anderes als „Nutzwert-Analysen“ erbracht hat. Tatsache ist: Eine gewissenhafte Stadtplanung sieht anders aus. Tatsache ist, nachhaltige Stadtentwicklung sieht anders aus.

Wirtschaft und Mittelstand

Beim Gewerbegebiet Am Stork haben Sie beinahe die Chance auf eine wirtschaftlich gesicherte Zukunft Wetzters vergeben. Da befinden Sie sich in guter Gesellschaft mit der CDU, mit den Grünen und der UWW. Sie haben die falsche Entscheidung getroffen, als Sie plötzlich gegen alle Vernunft eine Erschließung über das Schöllinger Feld gefordert und diese mit den Gegner des Gewerbegebietes durchgedrückt haben. Sie sind für den Wegzug von Traditionsfirmen verantwortlich. Sie sind für die fehlenden Gewerbesteuern in den kommenden Jahren verantwortlich. Der Anlieger, der sein Grundstück nicht verkaufen wollte, müsste eigentlich einen Ehrenteller der Stadt erhalten und nicht der heimliche Bürgermeister von Volmarstein. Katastrophal waren jedoch die Entscheidungen von CDU, Grünen und UWW. Sie haben für die Erschließung über das Schöllinger Feld gestimmt, weil sie das Gewerbegebiet ablehnen. Was ist das für eine Logik? Sie wussten genau, dass dann Volmarstein ein Verkehrskollaps droht und haben das bewusst in Kauf genommen. Sie wussten genau, dass sie mit dieser Entscheidung horrenden Kosten verursachen. Das ist verantwortungslos und Parteikalkül. Gegen die Bürger und gegen die heimischen Unternehmen. Also erzählen Sie nicht, das Gewerbegebiet sei nicht wirtschaftlich. Tatsache ist, die zusätzlichen Kosten haben Sie verursacht. Sieht so eine nachhaltige Wirtschaftspolitik aus?

Aber die CDU kümmert sich jetzt vorrangig um Fischereibauern und den FC Wetter. Das sind die Leistungsträger und Gewerbesteuerzahler der CDU. Wir haben heute das Gewerbegebiet Am Stork auf den Weg gebracht. Das ist ein gutes Zeichen für die Entwicklung unserer Stadt. Es macht Mut, an eine erfolgreiche Zukunft Wetzters zu glauben. Allerdings ist das nicht der Verdienst der SPD sondern der FDP und der Bürger für Wetter. Auf unseren Antrag hin wird auch die Wirtschaftsförderung gestärkt, um damit der heimischen Wirtschaft zu zeigen: Ihr seid in Wetter willkommen und wir brauchen Euch.

Ausbau der U3 Betreuung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Durch die Förderprogramme der schwarz-gelben Bundesregierung kann Wetter zum Glück die gesetzlich geforderte Betreuungsquote 2013 erreichen. Das ist ein kleiner Schritt in die

Wirtschaft und Mittelstand

Beim Gewerbegebiet Am Stork haben Sie beinahe die Chance auf eine wirtschaftlich gesicherte Zukunft Wetters vergeben. Da befinden Sie sich in guter Gesellschaft mit der CDU, mit den Grünen und der UWW. Sie haben die falsche Entscheidung getroffen, als Sie plötzlich gegen alle Vernunft eine Erschließung über das Schöllinger Feld gefordert und diese mit den Gegner des Gewerbegebietes durchgedrückt haben. Sie sind für den Wegzug von Traditionsfirmen verantwortlich. Sie sind für die fehlenden Gewerbesteuern in den kommenden Jahren verantwortlich. Der Anlieger, der sein Grundstück nicht verkaufen wollte, müsste eigentlich einen Ehrenteller der Stadt erhalten und nicht der heimliche Bürgermeister von Volmarstein. Katastrophal waren jedoch die Entscheidungen von CDU, Grünen und UWW. Sie haben für die Erschließung über das Schöllinger Feld gestimmt, weil sie das Gewerbegebiet ablehnen. Was ist das für eine Logik? Sie wussten genau, dass dann Volmarstein ein Verkehrskollaps droht und haben das bewusst in Kauf genommen. Sie wussten genau, dass sie mit dieser Entscheidung horrenden Kosten verursachen. Das ist verantwortungslos und Parteikalkül. Gegen die Bürger und gegen die heimischen Unternehmen. Also erzählen Sie nicht, das Gewerbegebiet sei nicht wirtschaftlich. Tatsache ist, die zusätzlichen Kosten haben Sie verursacht. Sieht so eine nachhaltige Wirtschaftspolitik aus?

Aber die CDU kümmert sich jetzt vorrangig um Fischereibauern und den FC Wetter. Das sind die Leistungsträger und Gewerbesteuerzahler der CDU. Wir haben heute das Gewerbegebiet Am Stork auf den Weg gebracht. Das ist ein gutes Zeichen für die Entwicklung unserer Stadt. Es macht Mut, an eine erfolgreiche Zukunft Wetters zu glauben. Allerdings ist das nicht der Verdienst der SPD sondern der FDP und der Bürger für Wetter. Auf unseren Antrag hin wird auch die Wirtschaftsförderung gestärkt, um damit der heimischen Wirtschaft zu zeigen: Ihr seid in Wetter willkommen und wir brauchen Euch.

Ausbau der U3 Betreuung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Durch die Förderprogramme der schwarz-gelben Bundesregierung kann Wetter zum Glück die gesetzlich geforderte Betreuungsquote 2013 erreichen. Das ist ein kleiner Schritt in die

richtige Richtung. Deshalb haben wir auch der erforderlichen Unterstützung des Trägers zugestimmt. Allerdings verstehen wir nicht, warum die Stadt Wetter sich weigert, auch private Träger zu fördern. Sie würden die äußerst träge Konkurrenz des TSE und der AWO beflügeln. Deshalb hoffen wir auch, dass im Gewerbegebiet Am Stork -so wie in vielen anderen Gewerbegebieten- durch private Initiative eine Kindertagesstätte entsteht. Hier erwarten wir Unterstützung der Stadt. Denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist und bleibt für junge Familien ein wichtiger Standortfaktor. Das ist nachhaltige Familienpolitik vor Ort.

Jugendhilfe

In der Jugendhilfe setzen wir durch die Programme der frühen Hilfen auf verstärkte Prävention. Die Familienzentren in den Stadtteilen müssen in ihren Bemühungen gestärkt werden. Deshalb ist für uns sehr wichtig, dass die Kindertagesstätte Pusteblume ebenfalls Familienzentrum wird. Familien und Kinder müssen sich in Wetter willkommen fühlen. Allerdings muss die Jugendhilfe anders aufgestellt werden. Anstatt auf Ordnungspartnerschaften zu setzen, gehört Jugendsozialarbeit dorthin, wo die Jugendlichen sind und nicht in die Jugendzentren. Das wäre nachhaltige Jugendarbeit.

Kreisshaushalt

Ein beliebtes Thema in den Städten des EN Kreises ist das Meckern über die Kreisumlage. Zum Teil aus Unwissenheit wie bei der UWW, die keine Ahnung vom Kreisshaushalt hat, außer wenn es um den Zuschuss für den Bürgerbus geht. Für die anderen Parteien ist es sehr angenehm, den Schuldigen im Kreis zu suchen. Beispiel ÖPNV: Da versprechen die Jusos Busse in alle Stadtteile, am besten im 5 Minuten-Takt und Nachtbusse für die Feierbedürftigen. Und natürlich keine überfüllten Schulbusse mehr. Und auch Linien, die nur eine Stunde am Tag benutzt werden, müssen natürlich dauerhaft zur Verfügung stehen. Vielleicht sollten die Jusos damit anfangen, keinen Alkohol mehr auf dem Seefest auszuschenken. Das steht einem Verband, der sich für Jugendliche einsetzen will, gar nicht gut. Der ÖPNV liegt beim Kreis. Er ist hoch defizitär. In den kommenden Jahren bezuschusst

der Kreis den ÖPNV mit mindestens 9,8 Mio. €, Tendenz stark steigend, und übrigens auch den Bürgerbus in Wetter. Und es ist kein Ende in Sicht. Die Fehlentscheidung des SPD Landesarbeitsminister zum Thema Tariftreue verstößt gegen das Konnexitätsprinzip und wird den Kreisshaushalt und damit die Kommunen in Zukunft noch weiter unter Druck setzen. Was erhält der Bürger, außer ständig steigenden Preisen? Eine gigantische, bürokratische Maschinerie, die weder flexibel noch effizient ist. Und stellen sie bitte keine Anträge, über das Benehmen mit dem Kreisshaushalt im Rat zu diskutieren. Und wecken Sie nicht bei den Bürgern den Anschein, der Kreis sei schuld. Schuld sind die Parteien, die sich in den Ausschüssen für den Erhalt von Geisterbussen einsetzen. Eigentlich müsste der Kreis noch eine Schmerzensgeldzulage für kommunale Dummheit in den Haushalt stellen. Wir setzen uns für eine Privatisierung des öffentlichen Nahverkehrs ein. Bei der Deutschen Bahn sehen wir inzwischen, wie alternative gute Qualität von privaten Anbietern aussehen kann. Das ist nachhaltige Verkehrspolitik.

Der planerische Ausgleich des Haushalts wurde gegen unsere Stimmen in das Jahr 2022 verlegt. Die Stadt Wetter ist eine steuerstarke Stadt. Das hat sie den Unternehmen und den Bürgern dieser Stadt zu verdanken. Wir sind der Meinung, dass der Haushaltsausgleich mit aller Kraft und viel schneller erreicht werden muss. Davon ist im Plan für das Jahr 2013 jedoch nichts zu spüren. Der Haushalt 2013 wimmelt vor Risiken. Wir zahlen 1,4 Mio. € an Zinsen, bis 2016 weit über 6,6 Mio. €. Hier verbirgt sich ein enormes Zinsänderungsrisiko, d.h. eine enorme Sprengkraft! Eine Steigerung des Zinssatzes von 0,1 % bedeutet 80.000 € mehr Zinsen pro Jahr. Hinzu kommt das Risiko der Abundanzumlage, die den Wetteraner Haushalt zusätzlich empfindlich treffen würde. Wer den Vorbericht zum Haushalt aufmerksam liest, würde feststellen, dass der Kämmerer schon fast um einen ernsthaften Sparwillen bei der Politik fleht. Ist das nachhaltige Haushaltspolitik?

Die Gewerbesteuer macht 34 % der städtischen Einnahmen aus und ist stark von der Konjunktur abhängig. Jeder weiß, dass die Konjunktur bereits wieder abflacht. Dies heißt schon jetzt, spätestens 2015 werden wir weniger Gewerbesteuererinnahmen haben. Wer

gleich bei diesem Haushalt die Verluste aus? Die Bürger wurden doch schon genug zur Kasse gebeten. Oder sollen die Bürger noch mehr zahlen. Wollen die Bürger das? Das sind die wahren Risiken im Haushalt. Diese gefährden den Ausgleich bis 2022. Ja, sie stellen ihn addiert schon fast ad absurdum. Wenn die SPD sich wie in ihrem Faltblatt für sämtliche Projekte in Wetter allein verantwortlich zeichnet, dann sind sie auch für eine Verschuldung von 80. Mio. € allein verantwortlich! Sie wollen jedem Kind das Schwimmen beibringen. Unsere Kinder werden sich bei der Verschuldung aber dennoch nicht über Wasser halten können. Das ist für die FDP keine nachhaltige Kommunalpolitik!

Abraham Lincoln hat einmal gesagt:

„You cannot escape the responsibility of tomorrow by evading it today.“

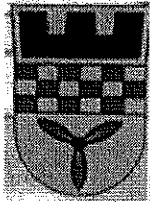
Übersetzt:

Sie können sich nicht der Verantwortung für die Zukunft entziehen, indem Sie sie heute umgehen.

Genau das versuchen Sie aber.

Und das werden wir nicht mittragen.

Daher lehnt die FDP diesen Haushalt ab.



Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Bürger für Wetter

Rede der Fraktionsvorsitzenden zum Haushalt 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

wieder einmal ist es soweit. Wir die Fraktionsvorsitzenden der im Rat der Stadt Wetter vertretenen Fraktionen halten unsere Haushaltsreden. Aber eigentlich sollten es Haushaltssicherungskonzeptreden sein, die wir halten, denn nicht mehr und nicht weniger als das Haushaltssicherungskonzept bestimmt jetzt und auf jeden Fall bis zum Jahr 2022 unser Handeln. Und das schon seit einigen Jahren.

Doch beschäftigen wir uns doch einmal mit den Einzelheiten dieses Haushaltssicherungskonzeptes, das wir nun schon seit Jahren immer wieder neu bestätigen.

Wir lesen da zum Beispiel, dass Einsparungen im Personalhaushalt durch interne Lösungen und Personalentwicklungsmaßnahmen erreicht werden sollen. Ich halte das, Herr Wagner Sie werden mir verzeihen, für eine geschönte Umschreibung für Arbeitsverdichtung, der ich an dieser Stelle eine klare Absage erteilen möchte. Ich hoffe aufrichtig, Sie Herr Wagner, werden mich da eines besseren belehren. Die Einführung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements scheint mir ein geeignetes Mittel zu sein, um die Fürsorgepflicht der Stadt Wetter als Arbeitgeber zu erfüllen. Richtig verstanden, mit flächendeckender Gefährdungs- und Belastungsbeurteilung aller Arbeitsplätze, und mit Rücknahme von Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung wo dies erforderlich ist, dürfte es nach meiner Einschätzung jedoch mittelfristig eher zu Mehrausgaben kommen als zu Einsparungen. Verstehen sie mich bitte richtig, ich würde dies begrüßen, denn ich lehne die zunehmende Überforderung der sich im Arbeitsprozess befindlichen Mitarbeiter entschieden ab.

Arbeitsbedingungen müssen gesund sein. Dies hat der Arbeitgeber Stadt sicherzustellen. Aber auch wir meine Damen und Herren, wir Mitglieder im Rat der Stadt Wetter haben hier eine Verantwortung. Es kann einfach nicht sein, das wir die Mitarbeiter der Stadt Wetter mit immer neuen Arbeitsaufträgen eindecken, deren Nutzen oder Wichtigkeit in der Regel zumindest fragwürdig ist, während gleichzeitig die Personaldecke immer dünner wird.

Ich stelle fest, das Einsparungen durch Verringerung des Zuschussbedarfes der Musikschule erreicht werden soll. Schon durch die Privatisierung der Musikschule durch Übertragung der Aufgabe an die Lichtburg haben wir, meine Damen und Herren des Rates den Einfluss auf diesen sehr wichtigen Baustein kultureller Bildung in dieser Stadt sehr weitgehend abgegeben. Hier noch ohne Qualitätsverlust kürzen zu können halte ich für ein...sagen wir gewagtes Unternehmen. Ich hoffe, auch hier werde ich eines besseren belehrt. Die Kürzung der Mittel für Medien bei der Bücherei der Stadt Wetter halte ich für falsch. Die Bücherei ist ein wichtiges, ein unverzichtbares Bildungsinstrument einer Kommune. Die zeitnahe Ergänzung mit aktuellen Medien ist ein unverzichtbares Instrument zur Erhaltung der Attraktivität dieser Einrichtung. Die Öffnung für und die Verwendung von neuen Medien, wie z. B. E-Books, die meines Erachtens nach unverzichtbar für eine moderne Bücherei sind, wird mittelfristig Investitionen erfordern, nicht eine Kürzung der Mittel. Wir dürfen diese Einrichtung nicht kaputtsparen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Das Haushaltssicherungskonzept, von uns beschlossen gibt uns die Reduktion von Spielplätzen auf. Ich bin sehr gespannt darauf, wie diese Maßnahme umgesetzt werden soll, habe ich doch in der Vergangenheit immer wieder erlebt, wie schnell alle Fraktionen umgefallen sind, wenn es um die Umsetzung unangenehmer Maßnahmen gegangen ist. Gleiches gilt für die Schließung von 2 Sportplätzen. Ich wiederhole: Auch diese ist schon mehrfach beschlossen. Die Reduzierung der Leistungsdichte für Hilfen zur Erziehung. Die auch Bestandteil des HSK ist, mutet, wie ich finde, mehr wie ein frommer Wunsch an, als ein realistisch erreichbares Ziel. Ich halte diese Hilfen jedenfalls für so wichtig wie nie zuvor. Aber: Auch diese sind beschlossen.

Die Erhöhung der Gewinnabführung des Stadtbetriebes halte ich ebenfalls für grundfalsch. Im Interesse einer stabilen Gebührenkalkulation und Planungssicherheit dürfen wir den Stadtbetrieb nicht als Melkkuh betrachten, dem wir nach Belieben zum wirtschaften erforderliches Kapital

abziehen können.

Die Reduzierung der Reinigungsstandards bei der Straßenunterhaltung halte ich für den Bürger nicht mehr zumutbar. Dies entspricht nicht dem Bild das ich von meiner Stadt gerne haben möchte.

Mir fehlt offen gestanden die Kreativität mir vorzustellen, wie unsere gemeinsamen Zielvorstellungen durch dieses Haushaltssicherungskonzept verwirklicht werden sollen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes 2013 sprechen Sie davon, das ein Haushalt, der unsere Handlungsfähigkeit vor Ort erhält ein solides Fundament ist, den Anspruch darauf eine menschengerechte Stadt zu sein zu verwirklichen. Und hierin stimme ich Ihnen auch voll zu. Nur im Gegensatz zu Ihnen bin ich nicht der Ansicht, im vorliegenden Haushalt dieses Fundament zu finden. Nach meiner Ansicht fehlt uns dieses Fundament und das finde ich bedauerlich. Handlungsfähigkeit gewinnt man zurück indem man dauerhaft mehr einnimmt als man ausgibt. Das kann uns, aus Gründen die wir nicht zu vertreten haben jedoch auf Dauer nicht gelingen.

Sie haben auch gesagt: Bis 2018 werden bei der Stadt Wetter (Ruhr) 32 Beschäftigte aus Altersgründen ausscheiden. In jedem Einzelfall wurde und wird geprüft, ob auf die Wiederbesetzung ganz oder teilweise verzichtet oder die Stelle abgewertet und entsprechend besetzt werden kann oder hausinterne Umsetzungen möglich sind oder unter Wirtschaftlichkeitsabwägungen Aufgaben privatisiert oder durch interkommunale Kooperation erledigt werden können. Stellen können nur dann eingespart werden, wenn die auf dieser Stelle erledigten Aufgaben komplett wegfallen. Dies bedeutet Serviceverlust. Wie lässt sich dieser Serviceverlust mit dem von Ihnen aufgerufenen Ziel der „Menschengerechten Stadt Wetter“ vereinbaren? Zum Thema Stellenbewertungen. Stellen wertet man nicht einfach ab. Auch hier gilt: Aufgaben überprüfen, Aufgaben wegfallen lassen, und damit ändern sich Geschäftsverteilungen und gegebenenfalls Stellenwerte. Aber wir müssen uns alle darüber im Klaren sein: Aufgaben wegfallen zu lassen heißt, das damit Serviceverlust einhergeht. Das hat mit Handlungsspielraum nichts zu tun sondern ist das genaue Gegenteil davon.

Und dann schauen wir einmal warum denn unsere Situation so prekär ist.

Die desaströse finanzielle Situation der Kommunen ist maßgeblich auf den Rückgang der Staatseinnahmen zurückzuführen: Die schwarz-gelbe Regierung unter Kanzler Helmut Kohl begann mit der schrittweisen Absenkung der Gewinn-, Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie der Steuern für hohe Einkommen. Sie förderte die Kapital- und Steuerflucht von Konzernen, Vermögenden und politischen Parteien etwa nach Liechtenstein und in die Schweiz, später in die neuen Finanzoasen der Karibik. Auf diese Weise wurde auch der EU-Vorbildstaat Luxemburg zur zweitgrößten Finanzoase der Welt ausgebaut

Zusätzlich haben die massiven Steuersenkungsgesetze der Bundesregierungen seit 1998 – bis hin zum „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ von 2009 – die kommunale Verschuldung weiter verschärft und vielerorts den Weg zur Überschuldung endgültig geebnet, in Ost- wie Westdeutschland. Für die Kommunen belaufen sich diese Mindereinnahmen auf jährlich zweistellige Milliardenbeträge.⁷ Zusätzlich haben die Landesregierungen von Bayern, Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein den Kommunen wegen der milliardenschweren Rettung ihrer bankrotten Landesbanken die Landeszuweisungen gekürzt.

Schließlich führten auch die von den Bundesregierungen forcierten Privatisierungs-Abenteuer zur Überschuldung der Kommunen. Die (Teil-)Verkäufe von Stadtwerken spülten zwar einmalige Erlöse in die Kassen, aber die (Teil-)Gewinne fließen nun dauerhaft an die Energiekonzerne ab. Es sei nebenbei erwähnt, dass sie als Miteigentümer und gleichzeitige Energielieferanten in den Kommunen höhere Preise durchsetzen können.

All dies meine Damen und Herren können wir vor Ort gar nicht mehr beeinflussen. Deswegen als Erfüllungsgehilfen in den neoliberalen Chor der Sparschweine einzufallen lehne ich ab. Ich halte es für richtig, Aufgaben effizient und wirtschaftlich wahrzunehmen. Ein Ziel der Bürger für Wetter ist es, den Breitensport zu fördern. Das muss jedoch nicht bedeuten, dass jeder Sportverein seinen eigenen Platz hat. Das muss auch nicht bedeuten, dass jeder Bolzplatz mit Kunstrasen belegt wird. Das kann jedoch bedeuten, dass ich ein hervorragend ausgestattetes Sportzentrum habe und einige wenige einfachere Sportplätze. Hier wird es im Wesentlichen darum gehen, wie ich vorhandene knappe Ressourcen erfolgreich einsetze.

Und es wird auch darum gehen, wie ich in diesem Bereich ehrenamtliches Engagement fördern kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben immerhin eine Schuldenschlepp von 6,7 Millionen €. Vor diesem Hintergrund hätte ich mir Leuchtturmprojekte wie das Kreisarchiv vielleicht lieber gespart, die sich wenn überhaupt erst langfristig refinanzieren.

Stattdessen sparen wir im sogenannten freiwilligen Bereich wie zum Beispiel beim Zuschussbedarf des Hallenbades. Meine sehr verehrten Damen und Herren, grade diese letztgenannte Einsparung scheint mir sehr optimistisch zu sein. Um ein Hallenbad sicher und einigermaßen attraktiv betreiben zu können brauche ich gewisse Mindeststandards. Wir haben schon in der Vergangenheit hier so viel eingespart und tragen einen so erheblichen Investitionsstau mit uns herum dass mir bei weiteren Einsparungen um die Betriebssicherheit angst und bange würde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Nach der Gemeindeordnung habe ich als Ratsmitglied die Pflicht, einen Haushalt zu beschließen. Dieser Pflicht muss ich mich wohl stellen und trotz schwerer Bedenken diesem Haushalt zustimmen.

Zum Abschluss meiner Überlegungen zu diesem Haushalt erlauben Sie mir jedoch bitte auch noch einige persönliche Worte, die mir am Herzen liegen. Wenn ich hier so in die Runde schaue stelle ich fest dass ich hier zu den ältesten Ratsmitgliedern zähle. Und ich habe Bürgermeister, Stadtdirektoren, Ratsmitglieder kommen und gehen sehen. Älteren Menschen sagt man häufig nach, sie würden die Vergangenheit verklären. Mag sein das es so ist, dennoch kann ich nicht umhin Ihnen zu sagen: der Umgang miteinander und die Art der Arbeit, von Zusammenarbeit kann ich nicht reden, macht mich einfach nur traurig. Ich erinnere mich an Zeiten, in denen Ratsmitglieder fraktionsübergreifend an Problemlösungen konstruktiv gearbeitet haben, statt mit Schaufensteranträgen die Verwaltung zu beschäftigen und die Sitzungen zu verlängern. Ich erinnere mich an Zeiten, in denen man Meinungen, die nicht der eigenen Entsprechen wertfrei stehen lassen konnte und nicht, um eines vermeintlichen Vorteiles bei den Wahlen willen, den Eindruck zu erwecken sucht, als hätte man selbst die Weisheit mit Löffeln gefressen, und alle anderen Wissen nicht worüber sie reden. Ich erinnere mich an Zeiten wo man aus dem Bewusstsein der Verantwortung für diese Stadt heraus, und aus Zuneigung, ja Liebe für diese Stadt, fraktionsübergreifend schwere und schwerste

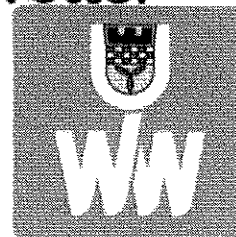
Entscheidungen gemeinsam getroffen hat, weil man sich bewusst war das die politische Weichenstellung in einer Gemeinde wie Wetter, die Entwicklung einer solchen Stadt, kein parteipolitisches Hickhack verträgt. Doch diese Zeiten scheinen ein für alle mal vorbei zu sein und das macht mich traurig.

Was mir bleibt ist die Hoffnung, vielleicht darauf das die Zeiten sich auch wieder ändern und Einsicht und Verständnis für die Notwendigkeiten des politischen Handelns wiederkehren. Wetter hätte das verdient.

Ich danke ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter - UWW -

Fraktion im Rat der Stadt Wetter



Rede zum Haushalt 2013

Es gilt das gesprochene Wort

22.11.2012

„Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind.“

Hermann Schmitt-Vockenhausen (1923-79), dt. Verleger, Jurist u. Politiker (SPD) |

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und Kollegen,
verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
verehrte Pressevertreter,
last but not least – verehrte Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Allein von den 359 Kommunen des Städte- und Gemeindebundes in Nordrhein-Westfalen konnten nur knapp über 20 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen können.

Mit fast 150 Kommunen in Nordrhein-Westfalen teilt Wetter das Schicksal eines Haushaltssicherungskonzeptes. Über 100 Kommunen erhielten letztlich nicht einmal mehr eine aufsichtsbehördliche Genehmigung für ihren Haushalt.

Es ist schwer in einem Haushalt, dessen Ausgabenseite überwiegend durch Vorgaben aus Bund und Land bestimmt ist, Spielräume für politisches Handeln zu finden.

Zwar wies der Oberbürgermeister von Stuttgart bereits in den 90er Jahren darauf hin:
„Wir werden wieder lernen müssen, dass, wer ernten will, auch säen muss. Stattdessen neigen wir dazu, das Saatgut zu verbrauchen“.

Leider halten sich weder die Bundesregierung noch die neue Landesregierung an diese simple Weisheit.

„Sparen ist die Mitte zwischen Geiz und Verschwendung“ – Theodor Heuss

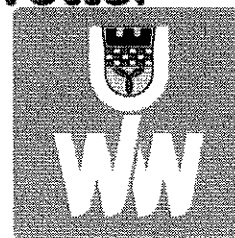
Die UWW ist davon überzeugt, dass die Verwaltungsleitung versucht zu sparen. Dass diese Bemühungen aber ausreichen, vermögen wir in einzelnen Bereichen nicht zu erkennen.

Dem Kämmerer und seinem Team sprechen wir auf diesem Wege unser Dank und die Anerkennung aus. In einem Haushalt mit über 600 Seiten und zig-tausenden Einzelpositionen steckt viel Arbeit. Wenn auch die Sparzwänge dazu geführt haben, dass die sachkundigen Bürger nur in einzelnen Fällen einen Haushaltsentwurf

Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter - UWW -

Fraktion im Rat der Stadt Wetter

Seite 2 zur Haushaltsrede der UWW für 2013



bekommen haben und sogar eine Sondersitzung notwendig wurde. Es besteht immer noch die Hoffnung, dass auch im Rat der Stadt Wetter das elektronische Zeitalter Einzug hält und wenn es auch in kleinen Schritten erfolgt. Der Haushaltsentwurf war im Internet nach zu lesen. Leider war das bei den Vorlagen zur SBA Sitzung nicht der Fall.

Leider können wir immer noch nicht mit der Arbeit der Kämmerei zufrieden sein, es fehlen weiterhin wichtige Daten für die Entscheidungsfindung im Rat:

Die Eröffnungsbilanz ist vorhanden, aber die ersten Jahres-Bilanzen verschieben sich immer weiter nach hinten. Nun ist die Bilanz 2008 für März 2013 angekündigt. Hoffen wir das Beste.

Die Politik hat sich einvernehmlich auf die strategischen Ziele geeinigt, ein gutes Zeichen. Aber ohne Kennzahlen und die Ergebnisse der Vorperioden ist es nicht möglich die Ansätze für den aktuellen und die kommenden Haushalte zu verifizieren. Wir hatten gehofft, dass der Kämmerer diese Daten schon in den vergangenen Haushalten (2011 + 2012) einarbeiten würde. Nun ist dies auch für 2013 nicht geglückt. Ein wichtiger Grund für uns dem Haushalt unsere Zustimmung zu verweigern.

Im Hallenbad sind die Kosten durch notwendige Reparaturen gestiegen, aber Einnahmen für Innenwerbung konnten nicht generiert werden. Wie so etwas möglich ist, zeigen die Sportvereine (allem voran die Fußballvereine).

In diesem Haushalt erscheinen erneut Punkte, die wir nicht mittragen können. Der „Stork“ ist in erster Linie zu nennen.

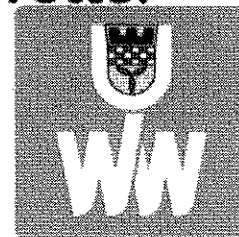
Die Verwaltung hat ihren Spielraum zur Haushaltsgestaltung u.a. dazu genutzt, dass das Baugebiet „AM Stork“ außerhalb des Haushaltes realisiert werden soll, Kosten und zwar nicht unerhebliche kommen dennoch auf die Stadt und damit die Bürger zu:

- | | |
|---|-------------|
| • Planungskosten | 25.000 € |
| • Ausgleichszahlung für die Ersatz Forstung – ca. | 800.000 € |
| • Kanalerschließungskosten (Stadtbetrieb) geschätzt – | 3.500.000 € |

Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter - UWW -

Fraktion im Rat der Stadt Wetter

Seite 3 zur Haushaltsrede der UWW für 2013



Wir befürchten, dass dies nicht das Ende der Fahnenstange ist, sondern dass auch erhebliche Kosten bei einem Investorenmodell auf die Stadt zukommen werden.

„Politik ist nur dann auf kurze Sicht richtig, wenn sie auch auf lange Sicht richtig ist“.
Manès Sperber (1905-84), dt.-frz. Schriftsteller, 1975 Georg-Büchner-Preis

Wir wollen hier nicht die Debatte um den Stork fortsetzen, aber die Folgekosten durch veraltete Verkehrsprognosen etc. werden die Haushalte der kommenden Jahre über Gebühr belasten. Denn *„De nihilo nihil! - Aus nichts wird nichts!“* Die Verkehrsprobleme in Volmarstein sind eine tickende Zeitbombe, die durch die heutigen Beschlüsse erheblich verschärft werden.

Wir glauben nicht an eine wirtschaftliche Tragfähigkeit des Bebauungsplanes. Unsere diversen Anträge – u.a. die Erstellung einer neuen Wirtschaftlichkeitsrechnung – sind alle mit knapper Mehrheit abgelehnt worden. Schade ist insbesondere, wenn bei einem so kontroversen Thema sich einzelne nicht bekennen und sich der Stimme enthalten. Hier wäre mehr Mut zu wünschen.

Der Ausbau der Kaiserstraße hat für die UWW eine hohe Priorität. Die Maßnahmen der Ver- und Entsorger haben die Geschäftsleute in der unteren Kaiserstraße stark getroffen und verunsichert. Der vorhandene Flickenteppich lädt sicherlich nicht zu bummeln und Verweilen ein. Die Planung zur Umgestaltung der unteren Kaiserstraße ist gut und sinnvoll, aber es muss alles daran gesetzt werden, dass diese Aufgabe ebenso gut gelöst wird wie die bisherigen Maßnahmen im Bereich Innenstadt. Wann die Fördergeber ihr Füllhorn über Wetter ausschütten steht derzeit leider noch in den Sternen. Diese Baustelle wird uns daher leider noch mehrere Jahre begleiten. Ob das alle dort ansässigen Geschäfte überleben, wagen wir zu bezweifeln.

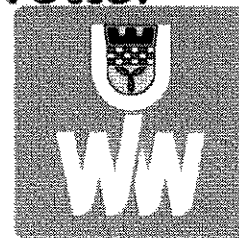
Die UWW hat im letzten Jahr dem Haushalt zugestimmt, in der Hoffnung dass wesentliche Punkte umgesetzt und eingehalten werden. Dies trifft insbesondere auch auf das HASIKO zu. Leider war diese Annahme nicht zutreffend.

„Ein Politiker muss das machen, was er für richtig hält. Denn Politik ist kein Schönheitswettbewerb und auch kein Beliebtheitstest.“
Norbert Blüm (*1935), dt. Politiker (CDU), 1982-98 Bundesmin. f. Arbeit u. Sozialordnung

Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter - UWW -

Fraktion im Rat der Stadt Wetter

Seite 4 zur Haushaltsrede der UWW für 2013



Die UWW-Fraktion hat mehrere Anträge mit haushaltsrelevanten Fakten z.B. Stork, Schule etc. eingebracht. Diese Anträge wurden von der Mehrheit des Rates bzw. der Ausschüsse abgelehnt, bis hin zur Nichtbefassung. Da man unsere Hinweise missachtet hat, können wir dem Haushalt dieses Jahr selbstverständlich nicht zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

